

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 24.09.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Stellungnahme der ProDG-Fraktion zur Regierungserklärung des MP vom 18. September 2012

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

bei den Stellungnahmen der einzelnen Fraktionen zur Regierungserklärung ist es häufig so, dass die Opposition die sog. „Lage der Nation“ gerne an Sommerlochthemen, vermeintlichen Skandalen oder Pleiten Pech und Pannen auf Nebenschauplätzen festmacht, um dadurch zu belegen, dass Mehrheit und die Regierung völlig fehl am Platz sind, alles falsch machen und an allem Elend der Welt schuld sind. Das war immer so, das wird vermutlich auch so bleiben.

Die Parlamentarier der Mehrheitsfraktionen unterstützen in der Regel die Regierungserklärung, denn schließlich sind diese Parlamentarier politisch mitverantwortlich für die Mehrheitspolitik und von daher an der Vorbereitung dieser Erklärung indirekt beteiligt. Auch das ist ganz normal, und es ist auch heute so. Lassen Sie mich dennoch einige Aspekte der Regierungserklärung, so objektiv wie es mir möglich ist, bewerten.

Auffallend war sicherlich der nüchterne, kühle Grundton der Regierungserklärung, ich würde sagen, den schwierigen Zeiten angepasst, aber dennoch selbstbewusst und verhalten optimistisch.

Da könnte man sich die Frage stellen: Wie kann man in einer Zeit der Schwierigkeiten auf europäischer Ebene und im Bereich des Wirtschaftswachstums noch optimistisch bleiben, wo doch davon auch der Haushalt der DG immer stärker belastet wird und Sparrunden angesagt waren und sind?

Ich vermute, es liegt an dem Gefühl, nach bestem Wissen und Gewissen richtig gehandelt zu haben. So hat die Regierung beispielsweise bei der ersten Haushaltsanpassung vor einigen Monaten gut daran getan, die Prognosen über das Wirtschaftswachstum für dieses Jahr ein gutes Stück tiefer anzusetzen als die Schätzungen des Planungsbüros vorgaben, nach denen sich alle anderen Regierungen Belgiens gerichtet haben.

Das wird uns jetzt unmittelbar eine weitere schmerzliche Neuauflage der Sparrunde ersparen.

Wir erinnern uns: Für diese vorsichtige, und wie sich jetzt herausstellt, realistische Einschätzung der Lage hat der Rechnungshof anlässlich der Haushaltsanpassung im Frühsommer sehr lobende Worte gefunden. Ein Lob, das man ruhig nochmal in Erinnerung rufen darf, da es sich jetzt definitiv als begründet herausstellt.

In der Folge dieser vorsichtigen Schätzung hat es Sparmaßnahmen gegeben, vor allem im Bereich der Infrastruktur und des öffentlichen Dienstes, aber sozial verträgliche und unter Wahrung des sozialen Friedens. Man braucht nicht weit zu gehen, um festzustellen, dass dies keineswegs überall der Fall ist. es wäre fatal, wenn in der DG aus reinem parteipolitischen Kalkül Unruhe und Missmut geschürt würden.

Es ist also mit der Veröffentlichung der Wirtschaftsparameter vorige Woche deutlich geworden dass unsere Regierung – übrigens als einzige in Belgien – sehr umsichtig geplant hat, vor allem im Hinblick auf das Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2015.

Verstehen Sie mich aber bitte nicht falsch! Es kann nämlich zum jetzigen Zeitpunkt leider immer noch keine definitive Entwarnung gegeben werden, denn schließlich sind die Prognosen für 2013 ja auch nicht gerade goldig, auch wenn das nicht nur uns, die DG betrifft.

Denn wenn man ein wenig über den Tellerrand schaut, dann stellt man fest, dass anderswo auch heftig gespart werden muss. So hat die grünrote Regierung unter Winfried Kretschmann in Baden Württemberg angekündigt, dass sie bis 2020 fast 12.000 Lehrerstellen streichen muss, davon tausend allein im nächsten Jahr. Auch in NRW wird in der Ausbildung der Rotstift angesetzt.

Nur im benachbarten Teilstaat Belgiens hat man bislang den Eindruck, als ginge die Finanz-und Wirtschaftskrise am dortigen Haushalt vorbei wie der Todesengel im biblischen Ägypten an den durch Opferblut gezeichneten Türen der Israeliten vorbeiging, man hat den Eindruck als brauche man bei unseren westlichen nachbarn keine Sparpolitik, obschon man dort beim Haushaltsentwurf die Wirtschaftsentwicklung dort nicht so vorsichtig eingeschätzt hat wie hierzulande. Ich bin aber überzeugt, ja ich bin sicher, dass man in Namur nach den Kommunalwahlen die Katze aus dem Sack lassen wird, und wenn nicht, dann kommt es mit Sicherheit 2014, und zwar knüppeldick.

In weiteren Teilen seiner Rede ging der MP auf die Verwaltungsreform und das regionale Entwicklungskonzept ein. Dass die Verwaltung einer kleinen Gemeinschaft mit Gesetzeshoheit umgeben von Grenzen mehrerer wirtschaftsstarker europäischer Staaten oder Regionen flexi-

bel und effizient arbeiten können muss, scheint mir klar und selbstredend, zumal wichtige Ziele des REK nur grenzübergreifend wirklich erfolgsversprechend sind.

Die vier Schwerpunkte des REK, die der Ministerpräsident besonders in den Vordergrund gerückt hat, betreffen in der Tat Kernaufgaben der DG im Bereich Energieeffizienz, Bildungsgerechtigkeit, Qualität und Nachhaltigkeit im Tourismus- und Sozialbereich, deshalb finden sie auch unsere ungeteilte Zustimmung.

In diesem Zusammenhang möchten wir hier einmal deutlich hervorheben, dass es eine große politische Leistung ist, wenn man es schafft, in diesen schwierigen Zeiten den Kurs des REK unbeirrt weiter zu verfolgen, kein wesentliches Projekt zu streichen und sogar tiefgreifende Reformen in Angriff zu nehmen wie die Schaffung eines integrierten Dienstes durch die Modernisierung der PMS- und Gesundheitszentren, und dies ohne finanzielle Abstriche.

ProDG steht ohnehin ganz hinter den fünf Säulen des REK. Grenzregion, Wirtschaftsregion, Bildungsregion, Solidarregion und Lebensregion.

So sind wir bereit, weiter tatkräftig an der **Grenzregion** DG mitzuarbeiten, wobei eine Grenzregion erst dann optimal funktioniert, wenn sie zur Drehscheibe, zur „Brückenregion“ wird.

Die **Wirtschaftsregion** DG wird erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, ein attraktiver Standort für kleinere und mittlere Unternehmen zu bleiben und kreative und innovative Unternehmer an die DG zu binden. Damit sehen wir uns einer ähnlichen Herausforderung gegenüber wie Rheinland-Pfalz, wie uns der dortige Landtagspräsident Joachim Mertes am vergangenen Donnerstag eindrucksvoll bestätigt hat, wenn auch hier in einem viel kleineren Maßstab.

Kreative und innovative Unternehmen brauchen allerdings gut ausgebildete, qualifizierte Kräfte. Dazu bedarf es wiederum großer Anstrengungen im Bereich der Ausbildung, des gerechten Bildungszugangs, der Öffnung für neue, grenzübergreifende Ausbildungsprojekte und der Durchlässigkeit der Systeme. In all diesen Aspekten der **Bildungsregion** DG ist in den letzten Jahren schon sehr viel geleistet worden, es bleibt allerdings auch noch sehr viel zu tun, ebenso wie im Projekt der Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der **Solidarregion** DG, dessen große Herausforderung im Handling von Einzelfällen, im sog. Case-management liegen wird, was sich in einem ländlichen und eher schwach besiedelten Gebiet aber auch schnell zu einer großen Stärke entwickeln kann.

So ist es beeindruckend, wenn sich mehr als 100 Teilnehmer aus dem gesamten Sozialbereich und darüber hinaus zur entsprechenden Weiterbildung einschreiben und daran mitwirken wollen, neue Instrumente zu schaffen und bestehende zu verbessern, damit Familien mit vielfältigen Problemen besser und abgestimmter geholfen werden kann.

(Weniger beeindruckend ist es, wenn von Einzelnen dieser äußerst konstruktive Prozess in ein schlechtes Licht gerückt wird und man der Regierung unterstellt, sie wolle dadurch nur an Einfluss hinzugewinnen.)

Die fünfte Säule des REK ist für eine moderne, starke DG aber ebenso wichtig: die **Lebensregion**. Sie umfasst alles, was unsere Identität ausmacht, unsere Alltagskultur, unsere Lebensart, unsere Mentalität. Wollen wir sie optimal weiterentwickeln, wollen wir unsere Denk- und Lebensweise erhalten und weiter entfalten, brauchen wir neben den schon sehr gut genutzten Instrumenten Unterricht, Kultur und Soziales noch weitere wie Raumordnung, Wohnungsbau und Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf die untergeordneten Behörden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Wir sind von den Bürgern der DG in dieses Parlament gewählt worden und haben dadurch von ihm den Auftrag erhalten, den Standort DG zu festigen und auszubauen, die Lebensqualität unserer Bürger zu wahren und nach Möglichkeit zu verbessern und vor allem die Zukunftschancen unserer Jugendlichen zu sichern. Das sind hehre Ziele die wir letztlich nur erreichen können, wenn wir über genügend Finanzmittel verfügen, um sie konkret ausgestalten zu können. In den letzten Jahren sind unsere Einnahmen – und nicht nur unsere – auf Grund der Wirtschaftskrise stark zurück gegangen, während die laufenden Ausgaben gleich geblieben oder gestiegen sind.. So lange wir nicht über andere stabile Einnahmen verfügen, können derartige Einkommenseinbrüche nur mit Anleihen oder einer Verringerung der Ausgaben im Gleichgewicht gehalten werden.

Anleihen für die laufenden Ausgaben aufnehmen wäre sicher der falsche Weg, da auf diese Weise das Problem nicht nur verschoben sondern dazu noch verschärft würde. Bleibt also nur die Reduzierung der Ausgaben und die Verbesserung der Einnahmesituation.

In diesem Zusammenhang bedauern wir ausdrücklich, dass die Verhandlungen mit der Wallonischen Region zwecks Übertragung weiterer Befugnisse und Finanzmittel ins Stocken geraten sind. Ich habe schon vorheriges Jahr an dieser Stelle gesagt, dass es uns ein Leichtes wäre, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wenn es auch nur einen annähernd zufriedenstellenden Rückfluss an Mitteln aus den Immobiliensteuern gäbe, welche die Provinz von den Bürgern der DG erhält, während nicht sie, sondern die DG die damit verbundenen Aufgaben

hier vor Ort erfüllt. Es ist unser aller Verantwortung, die Missverständnisse und Blockaden, die es offensichtlich bei einer Reihe von wallonischen Politikern noch gibt, aufzulösen oder auszuräumen. Jedes Jahr, das in dieser Problematik erfolglos verstreicht, kostet der DG dreizehn Millionen Euro, also viel viel mehr als im Haushalt fehlen, damit er ausgeglichen sein kann.

Meine Damen und Herren,

wer so alt ist wie ich oder auch älter, der hat die Entwicklung der DG über ein halbes Jahrhundert bewusst und mehr oder weniger aktiv mitverfolgen können. Wenn ich auf diese Zeit zurückblicke, kann ich wirklich von einer Erfolgsstory reden.

Nach einer Phase versuchter Assimilierung wurde uns Deutschsprachigen vor nunmehr fast fünfzig Jahren mit den Sprachengesetzen die Grundlage unserer Autonomie zugesprochen. Die territoriale Aufteilung Belgiens in vier Sprachgebiete war die solide Grundlage, auf der die erste Staatsreform aufbaute; und sie ist es noch immer – das hat uns auch Vincent de Coorebyter vom Soziopolitischen Forschungsinstitut Crisp voriges Jahr in Brüssel noch einmal deutlich bestätigt.

Die vier Sprachgebiete sind bis heute das wesentliche, stabile Element aller Reformen geblieben. Nach etlichen Um- und Irrwegen scheint man sich auch im Landesinnern langsam wieder auf diese Grunderkenntnis zu besinnen. Der Gedanke an ein Belgien der vier Wirklichkeiten hat in den letzten Monaten und Jahren wieder mehr Befürworter gefunden, und das ist gut, weil sie nämlich dadurch langsam nach einigen Sackgassen wieder zu der Vision der Gründerväter der ersten Staatsreform zurückzufinden scheinen.

Die verstärkte Autonomie, die wir im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erhalten haben, ist nie ein Selbstzweck gewesen. Wir haben sie angestrebt und streben sie heute umso selbstbewusster an, weil wir sicher sind, dass wir dadurch die Lebensumstände unserer Bevölkerung schrittweise immer mehr **haben** verbessern können und noch **werden** verbessern können und weil wir der festen Überzeugung sind, dass wir hier vor Ort sehr gut wissen, was für die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gut ist, jedenfalls mindestens ebenso gut wie in Namur oder Brüssel.

Und weil die Autonomie bisher eine Erfolgsgeschichte gewesen ist, finden wir es sehr gut und wichtig, im kommenden Jahr, wenn die Sprachengesetze fünfzig Jahre alt werden, das bis heute Erreichte **partiübergreifend** zu würdigen und zu feiern. Die anderen denkwürdigen Jubiläen, vierzig Jahre Rat, bzw. Parlament, dreißig Jahre Dekretbefugnis und Regierung sowie 25 Jahre eigener Gerichtsbezirk sind ebenfalls wichtige Meilensteine auf der Basis und in der Folge der Sprachgesetze und der verfassungsmäßigen Verankerung der deutschen Sprache als gleichwertige Landessprache.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Alfons Velz
ProDG-Fraktion